

Bezugspreis:

Bestellh. 30.—M., monatl. 10.—M.,  
für ins Haus, voraus zahlbar. Ab-  
best. monatlich 10.—M., erst An-  
nahmegebühr. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Oesterreich 16.50 M.,  
für das übrige Ausland bei täglich  
einmal. Zustellung 21.50 M. Post-  
gebühren mäßigen an Oesterreich,  
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-  
mark, Holland, Belgien, Schweden  
und die Schweiz — Einsparungen in  
die Post-Verkehrs-Verhältnisse.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Welt u. Zeit“ erscheint wochen-  
weise zweimal, Sonntags und Mon-  
tags einmal.

Telegraphische Adressen:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Kopierzeile  
kostet — 2. Lesungsgang 50%  
„kleine Anzeigen“, das ist  
gedruckte Wort 1.—M. (zwei-  
spaltige Zeile), jedes weitere  
Wort 50 Wp. Steigerung und  
Schließzeilen das erste Wort  
50 Wp., jedes weitere Wort 40 Wp.  
Worte über 15 Buchstaben zählen für  
zwei Worte. Lesungsgang 50%  
Familien-Anzeigen für Abonnenten  
zelle 1.—M. politische und ge-  
werkschaftliche Vereine — Anzeigen  
1.—M. die Zeile ohne Ausschlag.  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 5 Uhr nachmittags im  
Sonntagsblatt, Berlin SW 1. Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Gebühren  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.  
Verantwortlicher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Donnerstag, den 30. September 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.  
Verantwortlicher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53—54.

## Millerand über den Wiederaufbau.

Paris, 30. September. Beim Empfang des diplo-  
matischen Korps durch Präsident Millerand sprach der  
Daher in seiner Ansprache die Ueberzeugung aus, daß der Präsi-  
dent wie bisher dem Wiederaufbau der internationalen  
Ordnung seine tatkräftige Mitarbeit leisten werde. In  
seiner Antwort betonte Millerand, daß seine Arbeit am Werke des  
Wiederaufbaues von der Mitarbeit und Solidarität aller zivilisierten  
Völker abhängt. Der Friede beruhe auf natürlichen Rechten.  
Frankreich werde mit allen Kräften am Wiederaufbau der  
Welt teilnehmen, im Vertrauen auf die Mitarbeit aller, um  
seinen eigenen Wiederaufbau zu erleichtern, der unerlässlich sei  
zur Wiederherstellung der Ordnung in der Welt. Millerand schloß  
mit dem Ausdruck der Ueberzeugung, daß das diplomatische Korps  
seine Mitarbeit im allgemeinen Interesse sichern und dieselbe auch  
zu gutem Ende führen werde.

### Kongress der E. G. T.

Orleans, 30. September. (Gazette.) Der Bundeskongress  
der E. G. T. wurde am Mittwoch morgen unter dem Vorsitz von  
Loridan eröffnet. Der Kongress berät von neuem den Reichs-  
schaftsbericht. Der Generalsekretär der Eisenbahner  
erklärte, daß der Ausstand vom Mai nicht eine Folge des Betriebs-  
ausstandes gewesen sei, sondern eine Folge des Verleumdungs-  
feldzuges gegen den Verband. Weiter führte er aus, daß er  
sein Möglichstes tun werde, um die abgerufenen Beamten wieder  
einzuführen. Hierauf erhob der Vertreter der Eisenbahner der  
Paris-Bordeaux-Mittelmeerbahn schwere Anklagen gegen das Bureau  
des Bundes und schloß, die Mehrheit müßte eine Entscheidung auf  
Klassenzusammenarbeit und die Minderheit eine Ent-  
scheidung auf Klassenkampf einbringen.

### Rußland friedensbereit.

Paris, 30. September. Gazette berichtet aus Warschau: Nach  
Auskunft an glaubwürdiger Stelle soll Joffe aus Moskau  
Instruktionen erhalten haben, alle von Polen gestellten Be-

dingungen, so hart sie auch seien, anzunehmen, doch mit  
der Ausnahme, daß Sowjetrußland von Polen verpflichtet werden  
soll, die gänzliche oder teilweise Entwaffnung der Roten Armee  
durchzuführen.

Kopenhagen, 30. September. Nach einem Telegramm aus  
Warschau meldet der polnische Heeresbericht vom 29., daß an der  
Südfront die verführte, ukrainische Armee Kinkowce öst-  
lich Kamieniec erreicht hat. Weiter nördlich ist die polnische  
Kavallerie nordöstlich von Kamno vorgedrungen. Das  
polnische Heer nähert sich Drohiczyn. Auf der Front nördlich  
vom Pripiet dauert die Verfolgung des Feindes auf der ganzen  
Linie fort. Nordöstlich von Grodno haben wir tausend Ge-  
fangene und große Kriegsbeute gemacht. Eine unserer Kavallerie-  
abteilungen ist bis hinter die bolschewistische Front vorgedrungen  
und operiert nordöstlich von Lida, wobei sie dem Feinde schwere  
Verluste zufügt.

### Rußlands Schulden an England.

London, 30. September. „Times“ meldet, daß die fähren-  
den Londoner Bankiers und Finanzleute an Lloyd George  
schriftlich das dringende Ersuchen gerichtet haben, die An-  
erkennung aller russischen Schulden zur unerläßlichen  
Bedingung für die Wiederaufnahme des Handels mit Ruß-  
land zu machen.

### Wrangels Bericht.

Konstantinopel, 30. September. (Gazette.) Bericht der Armees  
Wrangel vom 24. d. M.: Wir haben Kurla in der Richtung  
von Wolnowatka besetzt, wo wir 12 Schiffe weggenommen  
haben. Der Bericht vom 27. September meldet: Im Norden von  
Alexandrowka haben wir die Verfolgung des Feindes fortgesetzt. Wir  
haben 33 Lokomotiven, 1000 Eisenbahnwagen, 10 Maschinengewehre  
erbeutet und 1000 Gefangene gemacht.

Offiziere des russischen Generalstabs verbreiten eine Pro-  
klamation, in welcher sie ihre Waffen genossen, die sich gegenwärtig  
bei den bolschewistischen Truppen befinden, auffordern, zu General  
Wrangel zurückzukehren.

### Horthys Million.

Wien, 30. September. (Eig. Tealbericht des „Vorwärts“.)  
Der Pressedirektor der ungarischen Gesandtschaft Arpad Reich hat im  
Mittwochabendblatt der „Neuen freien Presse“ zugegeben, daß  
er der deutschösterreichischen „Reichspost“ eine Million Kronen angeboten  
hat; er bestreitet nur, daß die „Reichspost“ die Million auch er-  
halten habe. Natürlich erklärt die „Reichspost“ das gleiche und  
sie läßt sich zum Ueberfluß von ihren Verleumdern beschmeißen,  
daß ihre Bücher nichts von dieser Million berichten.

Die ungarische Regierung hat wiederholt etwas von einer  
Auflösung des Magyarenbundes der Erwachsenen Rad-  
jaren“ gesprochen. An der letzten Hauptversammlung dieses Bun-  
des nahm der Kultusminister offiziell teil und hielt dort  
eine Rede gegen die Juden und jeden Fortschritt; der Minister-  
präsident Graf Teleki versicherte einer Abordnung des Bundes  
nicht nur, daß sein Programm möglichst verwickelt, sondern daß  
auch die großen Kräfte des Bundes für das Vaterland nützlich  
gemacht werden sollen.

Die Enthaltungen der „Arbeiterzeitung“ und des „Arabo Ebu“  
über Ungarns Arbeitskräftigen sollen nun auch den Hochstaerter  
stuhlig gemacht haben. Die französischen Sozialisten wollen über  
den ungarisch-französischen Geheimvertrag interpellieren.

### Helft den Horthy-Opfern!

Das deutschösterreichische Komitee der Wohlfahrtsaktion  
für Flüchtlinge aus Ungarn sendet uns folgenden Aufruf:  
Proletariat aller Länder, helft uns!

Seit August 1919 retten sich die vom weißen Terror in Ungarn  
erhabensten verfolgten Scharen von Männern, Frauen (die Mit-  
glieder proletarischer Organisationen waren), Kindern, Weisen und  
Säuglingen, die irgendwie mit der proletarischen Revolution in  
Verbindung gebracht werden können, ununterbrochen nach Wien  
als der ersten Hilfsstation in Europa.

Die Hunger-, Stach- und Brandwunden auf ihren ver-  
hungerten und emaciirten Körpern, die Knochenbrüche usw.  
zeugen dafür, daß die Leiden, von denen sie berichten, grenzenlos  
und unbeschreiblich sind.

Mit Aufhebung des Weltbrottes hat ein noch härteres Zu-  
stadium der politischen Verfolgten nach Wien eingeleitet. Zumeist ohne  
Ausweispasspässe, ohne Geld, ohne Lebensmittel, ohne Kleider,  
Wäsche, Schuhe, jegliche Körperliche gebrochen von der  
Schmach, die man ihnen in Kasernen, Kerkern und Internier-  
ungslagern angetan, langen sie an und — nur minimale Hilfe  
kann ihnen geboten werden.

Ihre Zahl ist so groß und wird immer größer, so daß trotz der  
größten Aufopferung des deutschösterreichischen Proletariats die

Mittel der Wiener Wohlfahrtsaktion in zwei Wochen gänz-  
lich erschöpft sein werden.

Die Wohlfahrtsaktion hat bisher fast eine halbe Million  
Kronen an Sozialisten und Kommunisten ohne Unterschied der Rich-  
tung ausgegibt. Hilft das internationale Proletariat nicht rasch  
und ausgiebig, so verfallen die Flüchtlinge dem größten Elend, denn  
die Wohlfahrtsaktion müßte sich — ohne Mittel — auflösen. Es  
gilt den Flüchtlingen auf allen Gebieten zu helfen. Ernährung,  
Bekleidung, Arbeitsmöglichkeit, Weiterreise, Geldunterstützung,  
Gesundung und moralische Hilfe, dessen bedürfen die Flüchtlinge  
schnellstens. Ein strenger Winter naht, und Tausende Flüchtlinge  
frieren schon im kalten Herbst in zerrissenen Sommerkleidern, sind  
ohne Schuhe.

Nach allen Berufsgruppen angehörend, sind die Flüchtlinge be-  
reit, überallhin zu reisen, wo sie, im Einverständnis mit den ge-  
werkschaftlichen Arbeitsvermittlungsmännern, Arbeit welcher Art  
immer bekommen können. Deshalb bitten wir alle Arbeitenden,  
alle politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Welt und  
alle Zeitungen des Proletariats, gleichviel welcher Richtung sie an-  
gehören, sowie alle gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlungen, der  
unterfertigten Wohlfahrtsaktion, die zwischen hungernden und be-  
dürftigen Genossen aller Richtungen keinen Unterschied  
macht, überall durch Sammlungen ihre schwere Arbeit zu erleichtern  
und sowohl Geld und Lebensmittel als auch unbedürftige  
Wäsche, Kleider, Schuhe usw., endlich Nachrichten über Arbeitsmög-  
lichkeiten an untenstehende Adresse gelangen zu lassen.

Wien, im September 1920.

Für das deutschösterreichische Komitee der Wohlfahrtsaktion für  
Flüchtlinge aus Ungarn.

Herbinand Starck, Parteisekretär, Therese Schlegler, Vorsitzende,  
Anton Jenksitz, Kassierer, Richard Schwarz, Sekretär.

Alle Sendungen sind an die „Wohlfahrtsaktion für Flüchtlinge  
aus Ungarn“, Wien V, Reichs-Wienzeile 97, zu richten.

Um Nachdruck in allen Partei- und Gewerkschaftsblättern wird  
dringend ersucht.

Postanweisungen nach Deutschösterreich sind nur bis zu 100 Kr.  
wöchentlich zugelassen; sie sind in Kronen auszufüllen. Bei größeren  
Beträgen ist Banküberweisung vorteilhafter.

### Die Verteilung der deutschen Flotte.

Paris, 30. September. Die Vorkonferenz trat  
gestern unter dem Vorsitz von Cambon zusammen. Sie nahm  
von mehreren deutschen Voten Kenntnis und genehmigte die  
Verteilung von deutschen Schiffseinheiten, die der  
französischen und der italienischen Flotte einverleibt werden sollen.  
Frankreich erhält 4 große U-Boote, 3 kleine U-Boote,  
einen großen und einen kleinen Minenleger, 1 Instruktions-  
unterseeboot, 8 leichte Kreuzer und 8 Zerstörer.

## I oder II?

Von Heinrich Ströbel

Zu den Vorschlägen der Sozialisierungskommission, wie sie  
jetzt in Buchform vorliegen, ist zunächst eine nicht unwichtige  
Feststellung nötig: Bisher sprach man immer von einem Mehr-  
heits- und einem Minderheitsbericht. Nach dem offiziellen  
Bericht aber gab es keine Mehrheit und Minderheit, sondern  
zwei genau gleich starke Gruppen, die je einen be-  
sonderen Vorschlag unterbreiteten, einen, der die „Vollsoziali-  
sierung“ des Bergbaus empfiehlt, und einen, der für die Ueber-  
gangszeit vor einem Menschenalter das Eigentumsrecht der  
Bergwerksbesitzer beibehalten wissen will. Die Differenz  
zwischen beiden Vorschlägen erscheint so groß, daß es be-  
stremdet, daß fünf von den elf Anhängern der Vollsozialisierung  
erklärten, sie würden im Falle der Nichtannahme ihres Vor-  
schlages auch dem Vorschlag der anderen Gruppe beitreten.

Man könnte freilich einwenden, daß die beiden Vorschläge  
im Grunde gar nicht so sehr voneinander abwichen, in der  
Hauptache, der Form der gemeinwirtschaftlichen  
Organisation, stimmten sie ja überein. Beide gingen  
von der Ueberzeugung aus, daß die bisherige gemeinwirt-  
schaftliche Regelung des Bergbaus sich nicht bewährt habe und  
daß dem Privatkapital in der Montanindustrie das freie Ver-  
fügungsrecht entzogen werden müsse. Sowohl der Entwurf für  
Vollsozialisierung (Antrag I), wie der Antrag II, der die Ent-  
eignung der Besitztümer erst für eine spätere Zeit vorsehe, wollten  
ja die technische und wirtschaftliche Oberleit-  
ung des Bergbaus einer ganz gleichartigen Instanz über-  
tragen, dem Reichskohlenrat, einer 100köpfigen  
Körperschaft, die sich aus Betriebsleitern, Angestellten und Ar-  
beitern der zu schaffenden Kollegengemeinschaft sowie aus Ver-  
tretern der Konsumenten und des Reiches zusammensetzen  
sollten. Auch nach dem Vorschlag II werde jede selbständige  
Betriebs- und Preispolitik der — im Grunde nur noch nomi-  
nellen — Besitzer aufgehoben. Denn der Reichskohlenrat über-  
nehme die Funktionen eines Zentralkomitees, an das die ge-  
samte Kohlenzeugung zum Selbstkostenpreis abzu-  
führen sei. Die Bilanzen und Kostenberechnungen aber würden  
der peinlichsten Nachprüfung unterworfen. Betriebsverwei-  
terungen und Betriebsverbesserungen seien von der Zustimmung  
des Reichskohlenrates abhängig, und Stillsetzungen und Zu-  
sammenlegungen einzelner Betriebe könnten nur von ihm an-  
geordnet werden oder bedürften doch seiner Einwilligung. Der  
Reichskohlenrat sei dergestalt der faktische Träger der gesamten  
Kohlenwirtschaft, dem die Einzelunternehmungen als reine  
Verkaufsstellen angeschlossen seien, die lediglich die Güterbewe-  
gung und den Verkehr mit den Verbrauchern nach Weisung des  
Reichskohlenrates zu besorgen hätten. Der Gewinn werde aber  
gleichfalls vom Reichskohlenrat festgesetzt werden und für die  
Unternehmer außer einer angemessenen Verzinsung des  
im Betrieb investierten Kapitals nur Prämienvergütun-  
gen für Mehrerzeugung und Erzeugungsver-  
billigung enthalten. Der Unterschied gegenüber dem  
Vorschlag I bestehe nur darin, daß dieser sofort auch das for-  
male Eigentumsrecht der Unternehmer auslöschen und auf  
einen einheitlichen Wirtschaftskörper, die deutsche Kohlen-  
gemeinschaft übertragen wolle, der dann durch seine Or-  
gane, den aussichts führenden Reichskohlenrat und das  
den eigentlichen Betrieb leitende Reichsdirektorium,  
die Verwaltung des deutschen Bergbaus durchzuführen solle. Die  
Organisationsform erleihe dadurch in ihrem Unterbau gewisse  
Abweichungen, der soziale Nuheseffekt sei in beiden  
Fällen der gleiche: den Bergwerksbesitzern sei jede Vereide-  
rungsmöglichkeit auf Kosten der Allgemeinheit beseitigt, sowohl  
die Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten, wie die Aus-  
nützung der Konsumenten durch eine gemeinschaftliche Preis-  
politik. Auch die Verwirklichung des Vorschlags II sei ein  
gewaltiger Fortschritt auf dem Wege zur Vollsozialisierung.

Wir ziehen den guten Glauben herbei, die so argumen-  
tieren, nicht einen Augenblick in Zweifel glauben jedoch, daß  
sie das Opfer einer verhängnisvollen  
Täuschung werden würden. Denn die Frage der Aus-  
schaltung oder Beibehaltung des privaten Eigentums im  
sozialisierten Bergbau ist keineswegs eine minder wichtige  
organisatorische Divergenz, sondern der Angelpunkt der  
gesamten Frage. Man muß fürchten, daß der ganze Sozia-  
lisierungsversuch mit einem vollen Mißerfolg enden wird,  
wenn die Industrielleiter durch Konservierung des Besitzrechtes  
von vornherein in eine ganz unzulässige Hintersetzung ge-  
bracht werden. Denn wie könnte man erwarten, daß die  
Unternehmer sich willig und mit völliger Hingabe in den  
Dienst der Gemeinwirtschaft stellen werden, solange ihnen  
die Rückkehr in den Hafen der Privatwirt-  
schaft winkt, eine Rückkehr, die um so wahrschein-  
licher würde, je schlechter sich die Tätigkeit des  
Reichskohlenrates behärte? Wenn es einen Anreiz  
zur Sabotage gäbe, hier müßte er sich aus zwingenden psycho-  
logischen Gründen auswirken!

Nicht erst die Bolschewiki haben, nach ihren Mißerfolgen  
mit dem wirtschaftlichen Rätesystem, entdeckt, daß die private

Initiative und persönliche Verantwortlichkeit auch für die Leitung sozialistischer Betriebe unentbehrlich ist. Aus diesen Erwägungen forderte schon die erste deutsche Sozialisierungs-Kommission in ihrem Bericht vom 15. Februar 1919 „Demokratie in den Betrieben mit einheitlicher Leitung der ganzen Industrie“. „Aufbau der Unternehmungs- und Wirtschaftstätigkeit auf den schaffenden Persönlichkeiten“. Und nicht nur der von Rathenau formulierte Vorschlag II verlangt für die zu sozialisierende Kohlenwirtschaft, „daß die stärksten und initiativreichsten Wirtschaftsleiter ihr erhalten bleiben“, sondern auch der Vorschlag I betont wiederholt, daß dem Direktorium „möglichst freie Initiative der Tüchtigsten nicht nur durch eine Vereinfachung aller Bürokratie, nicht nur durch Prämienvergütung von den untersten bis zu den obersten Organen auslösen, sondern vor allen Dingen auch durch eine wirklich sozialisierte, einheitlich durchgeführte Organisationsform. Es handelt sich dabei um „Vollsozialisierung“, aber keineswegs um eine „Ueberorganisation“: „Der Gegensatz ist nicht: Freie oder Zwangssozialisierung, sondern: Sozialistische oder sozialisierte Wirtschaft. Wir wollen die Sozialisierung nicht als eine nur kontrollierende und darum unfruchtbare Organisation schaffen, sondern wir wollen den im Kapitalismus ausgebaute Wirtschaftskörper durch Enteignung auf den gemeinwirtschaftlichen Gedanken einstellen, so daß alle Triebkräfte der initiativen Persönlichkeiten im gemeinwirtschaftlichen Rahmen gefördert werden, und die innere Anteilnahme und lebendige Mitwirkung aller im Betriebe Tätigen als neuer entscheidender psychologischer Antrieb und sozialer Wert erzielt wird.“

Der innerste Gegensatz zwischen den beiden Vorschlägen ist hier scharf und klar herausgearbeitet. Nach dem Vorschlag II, der das Eigentumsrecht der Grubenbesitzer einseitig unangestastet lassen will, soll der Reichskohlenrat mit seinen Hochaufsichtungen ganz überwiegend ein kontrollierendes Organ sein, das den in Privatband verbleibenden Betriebsleitungen die eigentliche Tätigkeit überläßt (um ihnen dann freilich durch Preis- und Gewinnfestsetzungen usw. die Gewinne beträchtlich zu beschneiden), während der Vorschlag I dem Reichskohlenrat durch ein fünfjähriges Direktorium zugleich ein aktionskräftiges Instrument geben will, um den ganzen Bergbau in der technisch rationellsten und gemeinnützigsten Weise zu betreiben. Während also beim System II Privatbetrieb und Unternehmerinteresse unangestastet mit der Gemeinschaftskontrolle und dem Gemeininteresse kollidieren müssen, ist das System I organisatorisch und psychologisch aus einem Gusse.

Gewiß, das muß der Gruppe II zugestanden werden: die radikalste Umgestaltung des Bergbaus ins Sozialistische wäre „ein Sprung ins Dunkle“, enthielte ein Risiko. Es fragt sich nur, ob dies Risiko nicht unvermeidlich ist und ob nicht der Vorschlag der Gruppe II gleichfalls ein Risiko enthielte, das noch bedenklicher sein könnte, als das der sofortigen Vollsozialisierung. Denn bei einer unzulänglichen und unzureichenden Sozialisierung des Bergbaus könnte nur zu leicht diese gemeinwirtschaftliche Organisation zu einem abjehrenden Herrbild werden, das zur völligen Rückbildung in jene privatwirtschaftliche Organisation verleitete, deren Verwerflichkeit und Gemeinsschädlichkeit heute doch alle Mitglieder der Sozialisierungs-Kommission zugeben!

Die Halbheit und Unfruchtbarkeit des Vorschlags II kennzeichnen die Vertreter des Vorschlags I sehr zutreffend mit den Worten: „Die Sozialisierung kann nur von Erfolg begleitet sein, wenn sie den Gegensatz des privaten zum Allgemeininteresse ausbeißt, nicht indem sie die Vertreter beider Interessen zwingt, zusammenzuarbeiten. Wenn man das privatwirtschaftliche System erhalten und es lediglich einer scharfen Kontrolle unterwerfen will, so würde man die private Initiative an ihrem Nerv treffen, ohne gleichzeitig die Vorteile des gemeinwirtschaftlichen Gedankens zu er-

reichen.“ Die Richtigkeit dieser Ansicht liegt für jeden auf der Hand, der sich einmal in den Zwitterszustand der Organisationsform II hineindenkt. Unten Privatbetrieb, oben Reichskohlenrat; unten Profitbestreben, oben Profitbestrafungstendenz; unten die Betriebsleiter und Beamten als Vertrauensorgane des Unternehmertums und oben eine Kontrollinstanz, die erwartet, daß die Leitung sich den Bedürfnissen des Gemeinwohls anpaßt! Was kann bei solchem Widerstreit der Interessen und Pflichten herauskommen, als Systemlosigkeit, Mißmut, Jähnefährnisse, als heimliche Sabotage! Und der Reichskohlenrat selbst wäre ja durch den Interessentwiderstreit gelähmt und zerrissen. Denn während in ihm bei einer Vollsozialisierung als Vertreter der Industrie nur für die Gesamtheit amtierenden und in ihrem Interesse wirkenden Betriebsleiter lägen, wären im Falle II ja die für ihr Privatinteresse kämpfenden Unternehmer und ihre Angestellten die Industrievertreter!

Ich glaube, daß eine gründliche Beschäftigung mit den beiden Vorschlägen die Partei zu derselben Ueberzeugung bringen muß. Die energische Betonung dieser Ueberzeugung aber ist von größter Wichtigkeit, da von ihr ganz wesentlich die Gestalt des von der Regierung in Aussicht gestellten Gesetzeswurfs und sein späteres Schicksal abhängen wird!

## Die Moskau-Stipendien.

Die „Freiheit“ erklärt:

„Die schon Genosse Haase in seiner Antwort an Joffe am 19. Dezember 1918 feststellte, hat die U.S.P. keine finanziellen Beihilfen für den Verlag von Druckschriften erhalten. Der Parteivorstand hat es wiederholt abgelehnt, russische Gelder anzunehmen, weil es sich bei diesen Summen um Staatsgelder handelte. Unsere Organisationen sind aus eigener Kraft stark geworden; sie haben sich nicht, wie die Kommunisten, von Rußland aufpäppeln und auskosten lassen. Wer die moralische Befreiung und Häufung in der R.P.D. kennt, die zu einem großen Teil auf das russische „Stipendientum“ zurückgeht, wird diesen Standpunkt unserer Partei zu würdigen wissen.“

Nun hat wieder die „Rote Fahne“ das Wort. Sie hat behauptet, daß Organisationen und Zeitungen der U. S. P. russisches Geld bekommen hätten. Will sie nicht mitteilen, welche Organisationen und Zeitungen das gewesen sind? Vielleicht diejenigen, in denen sich ein besonderer Eifer für Moskau fundiert hat?

## Bedenkliche Selbsthilfe.

Wie wir aus Mainz erfahren, verließen am vorgestrigen Dienstag etwa 15 000 Arbeiter ihre Arbeitsstelle, um nach verschiedenen Richtungen in die Umgebung zu ziehen und dort von der Landbevölkerung die Herausgabe von Kartoffeln zu angemessenen Preisen zu erzwingen.

Bisher konnte nicht festgestellt werden, ob eine Organisation hinter dieser Bewegung steht. Scheinbar handelt es sich um eine aus spontaner Erregung entstandene Hissaktion der Arbeiterkraft. So begreiflich die Erregung auch scheint, so ist doch diese Art der Selbsthilfe gerade im Interesse der Arbeiterkraft bedenklich. Die Bauern, insbesondere die Großgrundbesitzer, sollten sich diesen Vorgang zur Warnung dienen lassen und schleunigst alles anbieten, um die Bevölkerung ausreichend zu ernähren.

## Eingewickelt — aber wer?

München, 30. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Begegnung des Reichszanlers mit dem bayerischen Ministerpräsidenten behandelt die bürgerliche Presse ganz im Stil der vorher aufgegebenen offiziellen Notiz. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ sagen: „An dem Verhältnis Bayerns zum Reich hat sich in der letzten Zeit nichts geändert. Bayern steht nach wie vor in seiner Gesamtheit treu zum Reich.“ Die „Münchener Post“ nennt die offizielle Notiz ein Beruhigungspulver, das die

bürgerliche Presse zu einem Schlafpulver umwandelt. Die „Post“ verlangt, im Landtag und im Reichstag seien Fragen gestellt worden, wie Herr von Kase sich zu den Bamberger Beschlüssen stelle und was die Reichsregierung dazu sage. Die „Post“ meint, einer der beiden Staatsmänner sei eingewickelt. Kahr oder sei es gewiß nicht. Man müsse den Reichszanler im Reichstag wieder aufwickeln!

## Lassalle und die Juden.

Gen. Ed. Bernstein schreibt uns: Von verschiedenen Seiten kommen Anfragen an mich, wie es sich mit dem von antisemitischer Seite auf Jetteln verbreiteten angeblichen Ausspruch Lassalles verhält, die Arbeiterbewegung habe sich fernzuhalten von Kapitalisten und Juden; wo diese als Leiter und Führer auftreten, da verfolgen sie auch eigene jüdische Zwecke. Man will wissen, ob Lassalle sich irgendwann so oder ähnlich geäußert hat, und wo dies zu finden sei.

Ich kann darauf erwidern, daß ich weder bei Gelegenheit der ersten Auflage meiner Gesamtausgabe der Reden und Schriften Lassalles noch bei der Arbeit für die nun in zwölf Bänden erscheinende zweite Auflage jenes Sammelwerks auf irgendeine Äußerung Lassalles gestoßen bin, die auch nur entfernt auf eine solche Sinn- und Gesinnungslosigkeit hinausläufe. In keiner Rede oder Schrift, in keinem Erlaß oder Brief Lassalles, der so gedeutet werden könnte, Lassalle hat sich gelegentlich absprechend über die Juden geäußert — und welcher Angehörige eines Volksstammes hätte sich nicht über diesen wirklich oder vermeintlich anhaltenden Fehler aufgehalten —, aber nie hat er sich zu einer solchen Äußerung verfliegen, wie jenes angebliche Zitat ihm unterstellt.

Wohl findet sich in den von Lassalle verfaßten Instruktionen an die Bevollmächtigten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins vom 17. Juni 1868 unter Ziffer 8 ein Aufsat, der von Ausnahmen in bezug auf die Aufnahme in den Verein handelt. Es wird dort vorgeschrieben, daß allen Personen die Aufnahme zu verweigern sei, von denen den Bevollmächtigten bekannt sei, daß ihnen „eine schlechte Haltung in politischer oder ständlicher Hinsicht“ zur Last falle, und daß, wo Bedenken gegen die Aufnahme von Personen vorzuliegen scheinen, man sich unter Angabe der für und wider sprechenden Gründe an den Vorstand des Vereins zu wenden habe, worauf es in Speersich heißt:

„In die Klasse von Personen, in bezug auf die stets zuvor beim Vorstande anzufragen ist, gehören der Regel nach alle Literaten.“

Hier kommt Lassalle auch sonst kundgegebene Beratung der Literaten von Beruf zum Ausdruck. Wenn man aber sich erinnert, daß zu den ersten Literaten, deren Aufnahme in den Verein Lassalle betrieb, gerade die Juden Eduard Löwenthal und Moses Heß gehörten, während derjenige Literat, mit dem Lassalle damals in den heftigsten Streit geriet, Wilhelm Wodernagel, ein Ungar war, daß der Kassierer des von ihm gegründeten Vereins und Vorstandsmittglied der jüdischen Kaufmann Gufas Lewin war und daß, von besonderen jüdischen Zwecken zu reden, damals für Lassalle überhaupt ein Hindernis gewesen wäre, dann wird man sich ohne weiteres sagen können, was es mit seinem angeblichen Ausspruch für ein Bewenden hat: er ist eine ganz gemeine Fälschung.

## Waffenablieferung und Reaktion.

Nachdem die Ablieferungsbedingungen für die Waffen seit vier Wochen allgemein bekannt sind, hätte man denken sollen, daß sie keinen Grund zu besonderer Aufregung mehr bieten. Daß es Leute gibt, bei denen die Entrüstung sehr spät kommt, ergibt sich aus einer Zuschrift, die die „Deutsche Tageszeitung“ kürzlich brachte. Darin wird in beweglichen Worten über die Verschwendung von Reichsgeldern geklagt, die darin besteht, daß man Prämien für die abgelieferten Waffen bezahle. Der Einsender beruft sich dabei noch irrtümlicherweise auf das Gesetz, indem er angibt, daß nur für rechtmäßig erworbene Waffen Prämienzahlungen erfolgen dürften.

Wir wollen uns nicht darüber streiten, wie man auf rechtmäßige Weise überhaupt in den Besitz von Militärwaffen kommen kann. Aber niemand ist sich wohl darüber im unklaren, daß weitaus die meisten Ablieferungswaffen nicht gerade auf einem absolut

## „Anekdoten“.

Von Ludwig Hermann Vorwardt.

Ich hätterte in einem alten Kalender und fand einen Abschnitt: Anekdoten aus dem letzten Kriege. Es waren die üblichen Geschichten mit kühnlich, kühnlich usw.

Anekdoten sind kleine Geschichten, die zu schön sind, um wahr zu sein.

Ich will auch Anekdoten aus dem letzten Kriege erzählen.

Der Stumme.

Ein Soldat hatte durch Verhüttung die Sprache verloren. Er verständigte sich mit Arzt und Krankenwärter durch eine Schreibtafel. Eines Morgens während der Visite schrieb er auf: „Ich kann wieder sprechen.“ — „So reden Sie doch, in Dreiteufelsnamen!“ — Er schrieb: „Ich werde nie wieder sprechen. Durch die Sprache ist die Mitteilung unüberlegter Gedanken in die Welt gekommen. Daraus wurde der Krieg geboren. Wenn ich gezwungen bin, jeden Gedanken aufzuschreiben, denke ich ihn erst richtig durch. Das ist ein Gewinn, den ich der ganzen Menschheit wünsche.“

Der Stadtbürger drückte ihm herzlich die Hand, konnte aber nicht verhindern, daß der Soldat, von dessen Lippen nie wieder ein Wort kam, in eine Nervenklinik überführt wurde. Die Wärter zeigten dort den Besuchern sein blaßes, zufriedenes Gesicht und sagten: „Ungeheuerlich, aber unheilbar!“

Der Händedruck.

Nach vierstündiger, heroischer Gegenwehr ergab sich das Sperrfort, da siebzig Prozent der Besatzung gefallen und sämtliche Verteidigungsmittel vernichtet waren. Sein Kommandant und der Führer der Angriffstruppen trafen sich auf einem Hügel vor dem Fort und wechselten einen Händedruck, der gegenseitige Achtung ausdrückte.

Da blühte in einem der beiden ein Gefeknen auf: „Wenn wir diesen Händedruck vor vier Tagen gemacht hätten — — — lebten achtzehnhundert Menschen noch!“ vollendete der andere. Beide schwiegen. In der Ferne schrie ein Sterbender.

Die Parade.

Ein Oberst hatte mit seinem Regiment eine für unannehmbar gehaltene Stellung unter hohen Verlusten gekämpft. Als die Truppe aus der Feuerstellung herausgezogen wurde, befahl sein Landesfürst das Regiment zur Parade. Der Oberst tobte, weigerte sich, wollte seinen Truppen die wohlverdiente Ruhe nicht durch Paradebrill verkürzen. Korpsbefehl jagte Korpsbefehl. Man drückte ihm das Regiment zu nehmen, ihn zur Disposition zu stellen. Um sein Regiment zu behalten, führte der Oberst es zur

Parade. Die Regimentsfahne war schwarz umflort. Die Kapelle spielte den Trauermarsch von Beethoven. Jedem der stark gelächelten Züge folgten vier Wagen mit je vier Särgen: Die Toten des Regiments nahmen an der Parade teil. Ohne Kommando, ohne Gruß zog der Trauerzug in den nebeltrüben Novembermorgen.

Der Landesfürst wandte sich ab, erblassend. — — —

Wir fällt noch eine Anekdote aus dem letzten (?) Frieden ein.

Ehrlichkeit.

Die Familie eines kleinen Beamten war zu Besuch bei einem Verwandten gewesen, dessen Beruf Kaufmann (lies Schieber) war. Sie hatte sich alles gut schmecken lassen und ging nun nach Hause. Unterwegs fand folgendes Gespräch statt:

„Die Leute haben's gut!“ —

„Anseinerer muß sich abradern und hat nichts davon!“ — — —

„Benignität behält man seinen ehelichen Namen.“ —

„Auch recht wohl!“ — — —

„Rädest du wuchern und schieben, betrügen und belügen?“ —

„Ich will ehrlich bleiben!“ —

„Neb' nicht, wir sind zu feige und zu dumm, um unehrlich zu sein, sonst würden wir es auch so machen.“

Ein Seufzer. Sie stiegen in ihre Wohnung, die die Widerwärtigkeiten des kleinen Lebens ihnen entgegenbrachte.

Deutsches Theater: Einsame Menschen. Gerhart Hauptmann kam, um zu denken, da man ihn durch verlangenden, nicht erwiderten Kurs begriff. Erst nachdem er sich einmal verbogen hatte, beruhigten sich die Nerven und die Hände. Die Jugend, die einzige Schauspieler umschwärzte und den Namen in den Hauptmannlichen auch hineinzuwerfen ließ, herauschte sich zusehends an der schönen, Ehrfurcht fordernden Gestalt des alternden Mannes. Diese Kundgebung war das Ueberlebende und Trostvolle des Abends.

Die Zeit hat auch von dem Trauerspiel der „Einsamen Menschen“ einigen Schmelz genommen, der einstmal an dem Klang zum Kampf um Hölle und Dämonen und dem bishigen Streik um das Frauenstudium herkam. Das Gefühl des Dichters und sein starker Sinn für gesunde dramatische Spannung sind aber noch kräftiger als die beschränkte Dramatik seiner Stellung zu öffentlichen Angelegenheiten. Darum ersterte die Liebe, die ihn noch keineswegs lassen will.

Gerhart Hauptmann war der neue Regisseur seines Stückes. Man weiß nicht, ob die Schuld ihn allein trifft, daß einiges um mehrere Schwingungen zu laut, fast zu theatralisch gedrückt wurde. Bei Elise Lehmann, der alten Frau Voderat, ging diese Reizung zur heftigsten Betonung geradezu ins Lächerliche. Eine prächtige Virtuosität spielte, die es bedauerte, daß sie auch manchmal den Mund schließen mußte. Und dann bettelte sie durch Bewegung und Blick nach ins Parkett hinunter. Sie zerrte an sich, sie zerrte auch an Umrisse, dem Sofo, dem Romantiker mit Vorwürfen. Die Umwege, auf denen Hauptmann diese gedrehtliche Menschenschöpfbarkeit be-

seitigt, sind sehr wunderbar. Rossi machte das nicht sanft genug, ihm schienen die Sähe, diese kurzen, zerstückelten, durch Halbton sehr bereiten Sähe, zu kurz. Es entstand eine Rhetorik, die von einem Erklärenden stammte.

Dann aber ging der Stil in eine Reife über, die doch wieder von der erfreulichen, Mühsen entwidelten Jugend kam. Auguste Pinski hat immer etwas feilwärts gehalten. Man hätte ihr immer halbe Lebensaufgaben und episodische Tragik oder Heiterkeit anvertraut. Sie spielte diesmal die Kasse, die in der düsteren Trauer noch schimmernde Gattin Voderats. Die Gefahr war sehr groß, daß sie sich zu einer handhaden Duferte umformte. Sie entging jeder Gefahr. Sie war klar selbst und im tragischen Moment so echt, daß jedes Thotes Leben wurde. Hans Marr und Werner Kraus und Agnes Straub sind drei Schauspieler, deren Talent wächst, wenn die Dichtung sich in menschlicher Sphäre bewegt. Sie brachten sich gehörig und ohne Rücksicht auf besonderen Virtuosenstreich dem Dichter dar.

Die Kriege-Robinsonade. Eine einseitige Regergeschichte aus dem Weltkrieg hat uns Genosse S. Zborow in seinem lehrreichen Buche „Vutu Simba's Mission in Europa“ (Berlin, Buchhandlung Vorwärts) gewidmet. Zborow gibt den Roman eines französischen Kolonialsoldaten aus dem Herzen des schwarzen Erdteils. Vutu Simba folgt dem Rufe der französischen Werber, fährt mit seinen Landsleuten nach Europa, wird für den Schützengraben gedrückt, kommt an die Front und verbummt in deutscher Gefangenschaft. Hier wird er als anthropologisch interessantes Wandertier bestaunt. Er macht einen Plakatschrei, probiert es als landwirtschaftlicher Arbeiter, geht in eine Fabrik und entkommt schließlich wieder zu den Franzosen. Eine schwere Verwundung bringt ihn ins Lazarett, aus dem er, als nicht mehr freigegebenungsfähig, die Rückkehr in die Heimat antritt. Nach langen Irrfahrten und Mühsal findet er endlich den Weg in sein Heimatdorf. Er, der in der Vorkriegszeit seiner besten Jahre hier ausgezogen, ist als Kriegskrüppel wieder heimgekehrt. Mit tausend Fragen härtete seine Landsleute auf ihn ein. Aber alles Kriegserleben scheint ihm nur wie ein Traum. Das Einzige, was ihm in der Fremde bemerkenswert erschienen, ist nicht die wachsende Wüste, sondern der tiefschwarze Fluß. Ihn in seiner Heimatgemeinde einzuführen, gibt er sich alle erdenkliche Mühe. Wie eine seine Ironie auf die wild zuckenden Krämpfe der Kriegsjahre im Kulturteil Europa. Klingt dieser Abschied des unterhaltenden Buches, dem ein recht zahlreicher Leserkreis zu wünschen ist.

Theater. Am Kleinen Theater geht „Die Starbäuskomödie“ am Sonntag zum 100. Male in Szene. Als Gründung und Honorarlich treten in dieser Aufführung noch längere Unterbrechung wieder auf.

Die Kammerkant Berlin veranlaßt in der Berliner Sezession am Sonntag, 2. Oktober, ihren zweiten Abend. Kurt Eich Meurer liest aus eigenen Werken. Vorverkauf: Bureau W 30, Prenzlauer Str. 22, Abendkasse.

„Die Produktion als Lehrstoff der Produktionslehre“ behandelt ein Vortrag von Dr. Alexander Haffner, mit dem der zweite Tag der Oktoberkonferenz des Bundes entlehnter Schulreformer in der Gemeindefesthalle in Berlin-Lantow beginnt.

rechtmäßigen Wege in die Hände ihrer Besitzer gelangten. Die bei der Ablieferung ausgezahlten Gelder sind weiter nichts als eine Prämie für die Ablieferung, wie dies aus allen Bekanntmachungen hervorgeht. Wie können nicht finden, daß diese Gelder so schlecht angewandt sind. Sicher war ohne Prämienzahlung ein so schneller Erfolg der Ablieferung, wie ihn die Entente forderte, nicht zu erzielen. Auch wäre eine Waffenerfassung nur auf dem Volksewege und mit Anwendung von Gewalt in ihren Folgen unendlich viel teurer geworden. Die Tränen, die die „Deutsche Tageszeitung“ um die 18000 M. weint, die angeblich einer Gemüsehändlerin für 13 Rasenmähwerke ausgezahlt worden sein sollen, scheinen uns Krolodilstränen zu sein. Nicht die Verschwendung der Reichsmittel betrübt unsere Patrioten, sondern vielmehr die Tatsache, daß das Ablieferungsgeschäft zu gut geht und daß die Ausschüßten auf einen früh-fröhlichen Bürgerkrieg zu nichte zu werden drohen. Die Entlastung der „Deutschen Tageszeitung“ oder vielmehr ihres Verfassers ist wohl daraus zu erklären, daß infolge der Prämienzahlung auch in mehr als dort erwarteter Nähe von bürgerlicher Seite Waffen abgegeben werden. Darauf weist auch der Einwand hin, daß die Einwohner mehr Leute durch die Aufforderung zur Ablieferung der Waffen zur Unterbringung ihrer Dienstoffener angereizt werden. Wir waren immer der Auffassung, daß Leute mit so ausgeprägter „Bürgerlichkeit“ Ehrgefühl wie die Mitglieder der Einwohnerwehr von solchen Verlockungen unberührt bleiben müßten. Selbstverständlich ist es unzulässig, daß Einwohnerwehren gegen Prämien abgegeben werden, oder die Möglichkeit, daß dieser Fall eintreten könnte, ist wahrhaft kein Grund, die Volkstätigkeit der Anonymität, die das Geheiß der Ablieferer zusperrt, aufzuheben.

### Der Termin der Landtagswahlen.

Der Ausschuss der Preussischen Landesversammlung hat heute vormittag den Antrag der Deutschnationalen, die Landtagswahlen spätestens am 12. Dezember vorzunehmen, abgelehnt, dagegen den Antrag Dominicus angenommen, die Wahlen innerhalb 3 Monaten nach Verabschiedung der Verfassung vorzunehmen.

### Die Bergarbeiterfrage in England.

London, 30. September. Die Konferenz der Bergwerksbesitzer und Bergarbeiter hat seine Uebereinkunft erzielt. Aukerham, 30. September. „Telegraph“ meldet aus London: Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes Hodges hat bekannt gegeben, daß die Vertreter der Bergarbeiter Lloyd George mitgeteilt hätten, die Besprechung mit den Bergwerksbesitzern über eine Lösung der Frage der Lohnsteigerungen hätten kein Ergebnis gehabt. Lloyd George drückte sein Bedauern darüber aus und drang auf eine neue Zusammenkunft mit den Bergwerksbesitzern. Die Vertreter der Bergarbeiter antworteten, sie seien zu dem Schluß gekommen, daß ein weiteres Zusammenkommen mit den Bergwerksbesitzern keinen Nutzen haben könne, und daß sie morgen auf der Delegiertenkonferenz ihr Urteil zum Ausdruck bringen würden. — Wie das Blatt weiterhin meldet, sei der Streik unermesslich, wenn die Regierung nicht schnell eingreife. Vor allem die Bergarbeiter von S. Wales verlangten hartnäckig sofortige Bewilligung der geforderten Lohnsteigerung.

Kein Posten gegen entlassene Reichswehrsoldaten. Von gemäßigter Seite wird noch immer Bedenken darüber geführt, daß die aus der Reichswehr entlassenen Soldaten losgelassen würden und infolgedessen keine Arbeit finden könnten. Das trifft nicht zu. Die in Dresden erscheinende „Deutsche Soldaten-Zeitung“ aus dem Reichswehrministerium erzählt, werden alle gemeldeten Fälle dort genau untersucht. Diese Untersuchungen haben bisher in den weitaus meisten Fällen ergeben, daß ein wirklicher Posten gar nicht vorlag, sondern daß im Gegenteil häufig die früheren Reichswehrangehörigen selber durch ihr Verhalten den Anstoß zu ärgerlichen Vorfällen gegeben hatten, indem sie für sich irgendwelche Sonderrechte oder Sonderbehandlung verlangten, sich der Disziplin widrigen oder den Anforderungen der gesetzlichen Bestimmungen nicht fügen wollten und dergleichen. In anderen Fällen handelte es sich um mißverständnisse oder aufgedunsene Behauptungen einzelner. An diese Feststellungen knüpft die „Deutsche Soldaten-Zeitung“ die Mahnung an die entlassenen Reichswehrangehörigen, jedes herausfordernde Auftreten zu unterlassen. Wer den guten Willen zeigt, sich seiner neuen Umgebung anzupassen, der werde auch keine Schwierigkeiten haben. Wie können das bestreiten?

In Dirschau verhaftet wurde von den Polen der Unabhängige H. v. Freilassung erfolgte erst nach fast 80 Stunden. Öffentlich wird die deutsche Regierung alles Erforderliche, um den polnischen Hebergriffen auf deutsche Staatsangehörige baldigt ein Ende zu machen.

Darf man fragen, wie die Eisenbahndirektion Hannover, also eine republikanische Staatsbehörde, dazu kommt, regelmäßig in einem regierungsfeindlichen Blatte, wie der „Kreuz-Zeitung“, amtliche Bekanntmachungen zu erlassen? (Siehe Ankündigung einer Bahnplanänderung in Nr. 409.) Was hätte man wohl zu Zeiten des alten Regimes dazu gesagt, wenn dieselbe Eisenbahndirektion zahlungspflichtige Anzeigen etwa dem „Vorwärts“ aufgegeben hätte? Es besteht nicht der geringste Anlaß für die Regierung, auf mittelbarem Wege ein Blatt sekundär zu unterstützen, das zu ihren geschäftlichen Gegnern gehört, und man darf darum wohl der Erwartung Ausdruck geben, daß die „zuständige Stelle“ der Eisenbahndirektion Hannover das Erforderliche alsbald zu verstehen gibt. Oder sollte es aus der „guten alten Zeit“ etwa noch irgendwelche bindende Bestimmungen geben, die den Eisenbahndirektionen das Inserieren in bestimmten Blättern zur Pflicht machen? Es erscheint uns doch notwendig, dahinter zu leuchten!

Zusammenkunft in einer Polizeiverammlung. In einer gestern abend im Vorterrassenbau abgehaltenen Versammlung der „Oberschlesischen Volkspartei“ kam es zu Schlägereien. Der Vorsitzende der Versammlung Tomalla wies auf sein Hausrecht bei etwaigen Störungen hin, was einen allgemeinen Tumult hervorrief. Tomalla selbst erhielt eine blutende Verletzung. Die Sicherheitspolizei räumte bald den Saal; acht Männer und eine Frau wurden verhaftet. Zu den Verhafteten gehört auch der aus dem Weisenfelder Kreis bekannte Kommunist Pichlmann.

Wem soll sich verantworten. Der Hauptausbruch des Reichstages wird sich in seiner nächsten Sitzung am 18. Oktober mit den Vorwürfen beschäftigen, die gegen den Ernährungsminister Dr. Dertmeß wegen der Verwendung von Geldern aus der Preisausgleichsstelle für Stickstoff-Düngemittel zur Anschaffung eines Luxusautos und eines Zimmers erhoben worden sind.

Herabsetzung der Polizeistunde in Bayern. Vom 1. November an wird in ganz Bayern die Polizeistunde auf 10 Uhr abends herabgesetzt werden.

„Staat und Hochschule“. Der preussische Kultusminister, Genosse Pantzsch, veröffentlicht unter dem Titel „Staat und Hochschule“ ein Beitrag zur Nationalen Erziehungsfrage, in den nächsten Tagen ein Buch, das in 16 Kapiteln die Erziehungsfrage und ihre staatliche Neuregelung behandelt. Das Buch erscheint im Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin.

Ausschluss der Kommunisten aus der Fabrikpartei. Der Volksgewerkschaft der e. g. Fabrikarbeiterpartei hat die lokalen Arbeiterparteien angewiesen, die Kommunisten auszuschließen.

# Groß-Berlin

## Ein Jugendwohlfahrtschau.

Die Stadt Berlin hat im vorigen Jahre die gesamte Jugendwohlfahrt im Jugendamt zusammengefasst. Hiermit wurde für die Arbeit an der Jugend die Einheitlichkeit erreicht, die bisher gefehlt hatte. In einer kleinen Denkschrift hat der bisherige Leiter des Jugendamts, Stadtrat Genosse Sassenbach, noch kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Magistrat eine Zusammenfassung auch der Bureaus aller Zweige der Jugendwohlfahrt gefordert.

Zurzeit sind die Deputation des Jugendamts und die vier Abteilungen „Jugendpflegeamt“, „Jugendfürsorgeamt“, „Waisenamt“, „Vormundschaftsamt“ in Räumen untergebracht, die in den verschiedensten Stadtteilen liegen. Die Deputation und das Waisenamt benutzen Räume des Waisenhauses Alte Jakobstr. 83/85, das Jugendpflegeamt befindet sich Lindenstr. 51/52 in einem Wohnhaus, das Vormundschaftsamt hat Unterkunft in dem Geschäftshaus Landsberger Str. 43/47 gefunden, die Bureaus des Jugendfürsorgeamts verteilen sich auf das Wohnhaus Oranienstr. 80 (Fürsorgeerziehung), das Wohnhaus Ronbichouplatz 8 (Jugendgerichtshilfe, Anstalts- und Familienpflege), das Dienstgebäude des Polizeipräsidenten (Wohlfahrtsstelle), das Wohnhaus Jüdenstr. 51/52 (Beratungsstelle). Die Klagen über die Unzulänglichkeit der Räume werden noch zunehmen, wenn in der neuen Stadtgemeinde Berlin auf allen Gebieten der Jugendwohlfahrt die Arbeit sich mehrt. Auch können die einzelnen Abteilungen, führt die Denkschrift aus, nur dann ein einheitliches Gange bilden und erfolgreich zusammenarbeiten, wenn sie in ständiger Verbindung miteinander sind. Die bisherigen Versuche, alle Abteilungen an einer Stelle unterzubringen, sind erfolglos geblieben.

## S. P. D.-Funktionäre!

Freitag, den 1. Oktober, abends 6 Uhr, im „Deutschen Hof“, Ludauer Str. 15:

### Allgemeine Konferenz

jämlicher Funktionäre der S. P. D.

#### Tagesordnung:

Unsere Stellung zur Berliner Kommunalpolitik.  
Referent: Genosse Adolf Ritter.

Mitgliedsbuch und Ausweisarten werden am Saaleingang kontrolliert.

#### Der Bezirksvorstand.

wohlfahrtschau herzugeben. Darin wäre nicht nur die Deputation, sondern auch die in Aussicht genommenen, wurden vom Wohnungsdienst nicht freigegeben, und Anträge auf Ueberlassung von Kasernen lehnte das Reichswehrministerium ab.

Die Denkschrift schlägt jetzt vor, die von der Sicherheitspolizei benutzte Kaserne am Kupfergraben zu einem Jugend- und die vier Abteilungen unterzubringen, sondern auch das Waisenamt, ferner ein Bezirksjugendamt und eine Sängerschule, ferner eine Unterstufenklasse für abbaufähige oder sonst gefährdete Kinder, schließlich auch Bureaus der Jugendwohlfahrtsvereine. Im Waisenhaus würden dann Räume frei, die dort dringend gebraucht werden, weil eine erhebliche Steigerung des Zugangs von Waisenkindern zu erwarten ist.

### Das Recht der Frau.

#### Regelung der Geburten.

Der Bezirksvorstand Groß-Berlin der S. P. D. veranstaltete gestern abend eine Frauenversammlung im Lehrervereinsbau, in der Klara Bohm-Schuch über die Frage der Unterbrechung der Schwangerschaft sprach. Unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen wird auch von den ärgerlichen Gegnern die Notwendigkeit einer Geburtenregelung anerkannt. Bislang ist diese aber noch durch das Strafgesetzbuch unter schwere Strafe gestellt. Eine werdende Mutter, die ihre Schwangerschaft unterbricht, wird mit Zuchthaus bis zu 4 Jahren, wer dazu Selbsthilfe leistet, mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft. Demgegenüber steht die nackte Tatsache, daß nach statistischen Feststellungen vor dem Kriege in Deutschland jährlich 300 000 Abtreibungen vorgenommen worden sind, diese in Wirklichkeit aber etwa das Dreifache dieser Zahl betragen haben. Daraus ergibt sich, daß die beiden §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches, die die Strafbestimmungen enthalten, durch die Tatsache überlebt sind.

Es ist öffentliches Geheimnis, daß Frauen der wohlhabenden Stände die Schwangerschaft mit ärztlicher Hilfe unterbrechen. Unbemittelte Frauen, die nicht in der Lage sind, die hohen ärztlichen Kosten dafür zu bezahlen, sind gezwungen, sich an jene dunklen Erischen zu wenden, die eben aus der Not dieser Frauen sich einen lohnenden Erwerb schaffen, unter Aushandlung jeglicher ärztlicher Vorschriften Maßnahmen des Eingriffs vornehmen und so das Leben ihrer Patientinnen aufs Spiel setzen. Die Bestimmungen des Strafgesetzbuches sind also ein Ausnahmengesetz gegen die nichtbestehenden Klagen.

Ferner tritt die Sozialdemokratie für die Gleichstellung der unehelichen Mutterschaft mit der ehelichen ein. Es sei eine Schande, daß es überhaupt eine Klassifizierung der Mutterschaft gebe. Viele Frauen würden gern die uneheliche Mutterschaft auf sich nehmen, nicht aber die moralische Lastung. Es ist eine ethische und volkswirtschaftliche Forderung, jedem jungen Mädchen Gelegenheit zu geben, zur Verhinderung der unehelichen Mutterschaft zum Arzt zu gehen, ohne sich der Gefahr aussetzen zu müssen, dafür ins Zuchthaus zu kommen. Weiter würden durch Aufhebung der Strafbestimmungen Laufende von unglücklichen Ehen unmöglich gemacht werden, die nur unter dem Zwange des kommenden Kindes geschlossen worden sind. Wir fordern freien Willen zur Mutterschaft, denn nur freie Mütter können freie Kinder gebären.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat aus all diesen Gründen einen Antrag eingebracht, der die Aufhebung der Strafbestimmungen der §§ 218 und 219 fordert, wenn die Unterbrechung der Schwangerschaft von einem staatlich anerkannten Arzte innerhalb der ersten drei Monate vorgenommen worden ist.

### Kein Schülerstreik in Groß-Berlin.

Der Elternrat der Dierichs-Realsschule in der Alexandrinenstraße hat gestern beschlossen, sich gegen einen Schülerstreik anlässlich der Wahl Dr. Löwensteins auszusprechen. Es soll lediglich versucht werden, durch Vorstellungen bei der Aufsichtsbehörde die Behauptung des Gewählten zu verhindern. Es wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß es nicht angebracht sei, die Kinder zu schulpolitischen Zwecken zu gebrauchen, sondern es Sache der Eltern sei, den Kampf auszufechten. Einen ähnlichen Bescheid hat der Elternrat des Ullrich-Verzeams in der Schönhauser Allee gefasst. Der Elternrat der 18. Realsschule am Schlesinger Ufer, wo bekanntlich kürzlich ganz spontan ein Streik ausgedröhen war, hat diesen Schritt entschieden gemißbilligt und beschlossen, es bei einer Protestkundgebung bewenden zu lassen.

Nach dieser Stellungnahme darf mit Sicherheit angenommen werden, daß es zu dem angekündigten Schülerstreik als Protest gegen die Wahl Dr. Löwensteins zum Oberstadtschulrat nicht kommen wird.

Die katholischen Organisationen Groß-Berlins planen zum nächsten Sonntag eine Protestkundgebung gegen die Wahl Dr. Löwensteins zum Oberstadtschulrat. Von den einzelnen Kirchen aus sollen Jungmänner unter Vorantritt der Geistlichen stattfinden.

### Schmuckfahnenräuber auf der Eisenbahn.

Eine Bande von Eisenbahndieben wurde bis auf den noch fehlenden Führer von der Eisenbahnerüberwachungsstelle und der Kriminalpolizei hinter Schloß und Riegel gebracht. Auf ihre Spur kam man durch einen großen Diebstahl auf dem Anhalter Bahnhof, bei dem den Tätern aus einem erbrochenen Filurwagen für mehrere hunderttausend Mark Kofzbeimer Schmuckfahnen aus Platin, Gold und Silber in die Hände fielen. Die Ueberwachungsstelle ermittelte, daß Hilfsarbeiter, die auf dem Bahnhof beschäftigt waren, ihre Hand im Spiel haben mußten. In Verbindung mit der Kriminalpolizei gelang es jetzt, neun Personen, darunter eine Frau, zu überführen und festzunehmen. Der Anführer dagegen, ein Wohnunterhaltungsarbeiter Gustav Kuhnert, ist flüchtig und wird noch gesucht. Kuhnert ertrug den Wagen, während die anderen, ebenfalls Wohnunterhaltungsarbeiter, ihm Handreichungen leisteten oder die Aufpasser spielten. Er nahm auch den Hauptanteil der reichen Beute an sich.

Bei mehreren Verhafteten förderte die Durchsuchung der Wohnung noch Beutestücke zutage. In einer Wohnung ergriffen Kuhnert noch nach der Verhaftung des Inhabers und ließ sich von dessen Frau die verborgen gehaltenen Schmuckfahnen herausgeben, um sie ebenfalls noch auf die Seite zu bringen. Die Ermittlungen, für welche weitere Bahnhofsdiebstähle die Verhafteten und der flüchtige Kuhnert noch in Betracht kommen, sind noch nicht abgeschlossen.

### Christenerziehung mit Ohrfeigen und Stockhieben.

Die in Berlin am letzten Sonntag veranstaltete Demonstration für die weltliche Schule ist, weil auch Schulfürer an ihr teilnahmen, in den Gemeindefürsorgekreisen naturgemäß Gegenstand der Unterhaltung zwischen den Kindern. In der katholischen 16. Gemeindefürsorge (Köhrenstraße) erzählte ein Junge in der Pause nach der Religionsstunde seinen Mitschülern von dieser Demonstration und machte dabei die Bemerkung: „So viele Väter waren im Kriege, und ihre Kinder haben soviel gelitten — und die Kugel hat sie doch zerrissen! Der Herr Majewski, dem der Klassenlehrer Balzer das meiste, hat den Schülern ruhen, stellte ihn zur Rede: „Was — es gibt keinen Gott!“ und gab ihm eine kräftige Ohrfeige. Dem Vater ließ der Rektor sagen, er solle zwecks Aufschulung des Sohnes, der eine Gefahr für die anderen Kinder sei, zu einer Besprechung kommen. Der Vater tat das nicht, sondern schrieb dem Rektor, die Antwort könne nur sein, daß die ganze Familie aus der Kirche austritt. Darauf ermahnte der Rektor die ganze Klasse, auf diesen Schüler zu achten, und drohte ihm, wenn er noch einmal etwas gegen die Religion sagen würde, ihn auf Beschluß des Lehrerkollegiums durch den Schulfürer verprügeln zu lassen. Von Ohrfeigen, die er gibt, und von Stockhieben, die er durch den Schuldirektor verabreichen lassen will, verspricht der Rektor sich wohl die Wirkung, daß der Junge zu einem gläubigen Christen wird und die Familie der Kirche treu bleibt!

Handhabung der Baupolizei in Berlin. Solange für die neue Stadtgemeinde Berlin die in Vorbereitung befindliche einheitliche Organisation der Verwaltung der Baupolizei noch nicht durchgeführt ist, wird für die Uebergangszeit folgendes bestimmt: In den Gebieten der Stadtgemeinde Charlottenburg, Berlin, Plattenberg und Neudamm geht vom 1. Oktober ab die Handhabung der Baupolizei von den Polizeipräsidenten von Charlottenburg, Berlin, Plattenberg und Neudamm auf den Polizeipräsidenten von Berlin über. In den übrigen Stadtteilen der neuen Stadtgemeinde Berlin erfolgt vom 1. Oktober ab die Handhabung der Baupolizei durch den Oberbürgermeister von Berlin, in dessen Auftrag die bisherigen kommunalen Beamten die Baupolizeigeschäfte in derselben Weise und in demselben Umfange wie bisher weiterzuführen.

Kursus über Edelsteinkunde. Die Handwerkskammer zu Berlin beabsichtigt demnächst unter Leitung von Professor Dr. Belowski an sechs aufeinanderfolgenden Sonntagen einen Kursus über spezielle Edelsteinkunde zu veranstalten. Der Lehrgang findet vormittags von 9—12 Uhr im Mineralogisch-petrographischen Institut und Museum der Universität, Berlin R. 4, Invalidenstr. 43, Museum für Naturkunde, statt und behandelt an reichlich vorgelegtem Material die chemischen, physikalischen und optischen Eigenschaften der einzelnen Edelsteine, ihr Vorkommen in der Natur und ihre künstliche Darstellung sowie die Untersuchung gefälschter Steine. Tafeln, geologische Karten und optische Demonstrationen werden den Vorlesungen in ausgiebiger Weise begleitet. Anmeldungen sind unter gebührenfreier Einreichung der Teilnehmergebühren von 18 M. an die Handwerkskammer, Berlin SW. 61, Feltowertstraße 1—4, zu richten.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 30. September.

Rosenthal. 7 Uhr Vorstandssitzung bei Petran; die Bezirksführer sind dazu eingeladen.

Morgen, 1. Oktober.

9. Uhr. 5 Uhr: Bezirksführer, Abholung und Verteilung der „Vorwärts“-Organen bei Frau, Baumstr. 69.

27. Uhr. 7 Uhr: Sitzung der Funktionäre und Betriebsvertragsleute bei Drobokow, Sonnenbühl Str. 11.

Brüder Arbeitervereine. Im Lokal von Maler, Chausseestr. 69, findet eine Versammlung des Vereins „Arbeiterjugend“ statt. Thema: „Was der arbeitende Jugend not tut.“ Referent: Genosse Joseph Berlin. Unschuldig Kaufstraße. Nacht Cure Kinder auf diese Veranstaltung aufmerksam! Beginn 7 1/2 Uhr.

Kreis XI Schöneberg-Friedenau. 8 Uhr in der Schule Martin-Luther-Str. 22 große öffentliche Versammlung. Thema: Der fünfjährige Todestag des Sozialisten Genosse Dr. Schütte. Freie Rede. Die Veranstaltung wird durch Belang des Schöneberger Arbeiter-Vereins eröffnet. — Die Abteilungsverbände holen sich die Agitationsmaterialien des „Vorwärts“ bei Objt. Martin-Luther-Str. 69, ab. Sonntag früh erfolgt Nachfrage bei den Delegierten, ob sie den „Vorwärts“ bestellen wollen. Die Genossen haben darum vollständig sich an der Verbreitung und Nachfrage zu beteiligen.

Post- und Telegraphenbeamtenvereine Groß-Berlins. Ortsgruppenversammlungen: Gruppe S. D. den heute 8 Uhr bei Frau, Ritterstraße 32. Ortsgruppe Nord. Gruppe Norden: 2. Oktober, 7 Uhr, Beinhilferstr. 16/17. Ortsgruppe Süd. Gruppe Telegraphen- und Fernsprechämter: 4. Oktober, 8 Uhr, Beinhilferstr. 16/17. Ortsgruppe Zentrum: 6. Oktober, 8 Uhr, Volkshaus, Dortheenstraße. Gruppe Wilmersberg: 7. Oktober, 8 Uhr, Franzmann, Franzfurter Allee 290. Ortsgruppe West. Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen zur Organisierung der Beamtenvereine. 2. Anfrage über den Bericht. 3. Wahl der Gruppenleitung. 4. Wahl einer Kommission zur Aufstellung der Geschäftsordnung. 5. Verschiedenes.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Geographenverein „Kreuz“. Freitag, den 1. Oktober, abends 7 Uhr, in der hiesigen Volkshaus-Schule, Zimmer 1, Georgenstraße 22/24: Beginn eines neuen Anfängerkurses. Späteste Anmeldung am Freitag, den 8. Oktober.

Reichsbund (Bezirk Friedrichshagen). Freitag, den 1. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Otto, Kirchstr. 26.

